Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 28 (2008)

Heft: 55

Artikel: Pensionskassen in der Finanzkrise : Ende einer wirtschaftspolitischen Befriedungsstrategie?

Autor: Hafner, Wolfgang

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652505

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wolfgang Hafner

Pensionskassen in der Finanzkrise

Ende einer wirtschaftspolitischen Befriedungsstrategie?

Obschon man so tut, als gäbe es „keinen Grund zur Panik" (NZZ am Sonntag, 23. Nov. 2008), die Pensionskassen in der Schweiz geraten unter dem Druck der Finanzkrise zunehmend in Schwierigkeiten (vgl. Sonntags-Zeitung 21. Dez. 2008), die sich aus der Geschichte ihrer Entstehung verstehen lassen. Pensionskassen waren ursprünglich als Instrumente sozialpolitischer Befriedung eingeführt worden. Bis heute hat die Linke die Möglichkeiten wirtschaftsdemokratischer Einflussnahme durch die Mitbestimmung bei den Pensionskassen überschätzt.[1] Unterschätzt hat sie hingegen die Kraft der Integration in das kapitalistische System, die diesem Instrument einer kapitalorientierten Altersvorsorge innewohnt. Zudem wird oft ignoriert, dass fundierte Kenntnisse der Finanzmarkttechniken vonnöten sind, wenn es um die Frage geht, wie die Finanzmärkte zu verändern bzw. zu kontrollieren sind.[2] Solche Fehleinschätzungen haben Konsequenzen. Denn letztlich gehören Linke genauso wie die Mehrheit der Versicherten, abgesehen von privilegierten Schichten, immer zu den Verlierern dieses Systems der Altersvorsorge, das bestehende Ungleichheiten fortschreibt. Dies dürfte sich als Folge der aktuellen Finanzkrise noch beträchtlich verschärfen.

Pensionskassen und Arbeitsfrieden sind siamesische Zwillinge, ein Aspekt, der in der Geschichte des Drei-Säulen-Systems meistens ausgeblendet wird.[3] Zwar wurden die ersten Pensionskassen bereits Ende 19. Jahrhundert gegründet, doch ein weiterer, das System verdichtender Schub entstand kurz nach dem Generalstreik 1918. Von noch grösserer Bedeutung für die zukünftige Entwicklung war jedoch die Situation in der Zwischenkriegszeit. Dies zeigt ein kurzer Rückblick auf die konkreten Zeitumstände und das Umfeld, in dem zum einen das „Friedensabkommen" der Maschinen- und Metallindustrie entstand, zum anderen die Pensionskassen ihre Wirkung entfalteten: Unterschrieben haben das Friedensabkommens im Jahre 1937 der Direktor der Eisenwerke von Roll, Ernst Dübi, der damals Präsident des wichtigsten Schweizerischen Wirtschaftsverbandes, des ASM (Verband der Arbeitgeber der Maschinenindustrie) war, und der Gewerkschaftsführer Konrad Ilg.

Grosse finanzielle Aufwendungen in der Krise zur Fundierung der „Betriebsgemeinschaft"

Der Hintergrund sowohl für das Friedensabkommen als auch für die wachsende Bedeutung der Pensionskassen war die Weltwirtschaftskrise der 1920er und 30er Jahre. Auf der Mikroebene einzelner Betriebe und

Branchen bestanden in den 20er Jahren noch Reste kommunistischer und linkssozialistischer Gewerkschaften und Parteien. In diesen Gruppierungen gab es auf gegenseitige Hilfe ausgerichtete Kassen, welche ihren Mitgliedern in bescheidenem Ausmass halfen, Notlagen zu überbrücken. Zwar waren diese Gruppierungen real kaum von grosser Bedeutung, aber da die politischen Folgen der grossen Weltwirtschaftskrise vorerst noch nicht klar abschätzbar waren, wurden diese von den Arbeitern getragenen Selbsthilfe-Strukturen im Sinne einer vorsorglichen Massnahme durch die Unternehmensleitungen bekämpft und durch patronale Einrichtungen verdrängt.[4]

Welche Opfer die Unternehmen zur Durchsetzung dieser Befriedungsstrategie auf sich nahmen, zeigt das Beispiel der von Roll'schen Eisenwerke Gerlafingen, denen Dübi vorstand: Hier betrugen die Auszahlungen an die Rentenbezüger in den krisengeschüttelten 1930er Jahren bis zu zwei Drittel der Lohnsumme des Unternehmens.[5] Später sank das Verhältnis der Renten zur Lohnsumme wieder auf „normale" rund 30 Prozent. Zum Vergleich: Bei den Bundesbahnen erreichte der Gesamtbetrag an Versicherungsleistungen in den 1930er Jahren rund 35 Prozent der Besoldungen, was die Frage aufwarf, welches Privatunternehmen überhaupt selbst bei rentablem Geschäftsgang solche Belastungen zu tragen vermöchte.[6]

Der freisinnige Bundesrat Walter Stampfli, der als „bundesrätlicher Vater der AHV (Alters- und Hinterlassenen-Versicherung)" gilt, war bezeichnenderweise vor seiner Wahl in die Landesregierung einer der Direktoren der von Roll'schen Eisenwerke und dabei zuständig für die „sozialen Fragen".[7] Er kannte also die Probleme der betrieblichen Altersvorsorge und auch die großen Aufwendungen, die das Unternehmen in den 1930er Jahren getätigt hatte, aus erster Hand. Die Einführung der AHV bot unter diesen Umständen die Möglichkeit, die Betriebe zu entlasten und gleichzeitig eine personalpolitische Spaltung der Arbeiterschaft – die Stammarbeiter waren in der Pensionskasse, minderqualifizierte Angestellte nicht – durchzusetzen.

Die Pensionskassen garantierten in der Zeit vor und nach dem Zweiten Weltkrieg eine starke sinnlich nachvollziehbare Verbindung zwischen Unternehmen und Arbeitenden. Das Geld der „Fürsorgekassen" wurde zu einem guten Teil in Arbeiterwohnungen investiert, und die Arbeitenden honorierten diese Fürsorgeleistungen mit ihrer Hingabe an das Werk.[8] Der Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital wurde in der Institution der Betriebsgemeinschaft aufgehoben, und einen wichtiger Stützpfeiler dieser Institution bildeten die Pensionskassen. Dieser Zustand blieb bestehen bis zur weitgehenden Abkoppelung der Pensionskassen von den Unternehmen, die sich als Folge der zunehmenden Mobilität der Arbeitenden vollzog.

Träume der Linken: Lenkung der Wirtschaft über den angesparten Kapitalstock

Es war das ursprüngliche Erfolgsmodell der Schweizer Wirtschaft, das letztlich zum Drei-Säulen-Modell führte, das auch der Linken zukunftsweisend erschien. Getragen von der Hoffnung, nun endlich auf einfache Art und Weise Macht und Einfluss auf den Kapitalmarkt auszuüben, schwelgten viele Linke in Allmachtsphantasien. So argumentierte das welsche SP-Organ „Domaine public" im Jahre 1972: „Nie gab es eine derartige Chance. Ein weites Feld der schweizerischen Wirtschaft liegt künftig im Bereich der Kontrolle der Gewerkschafts- und Angestelltenbewegung (...) Die Zweite Säule bedeutet Zwangssparen. (...) Es geht hier um einen neuen fundamentalen Aspekt des modernen Kapitalismus (...) Es ist Sache der Lohnempfänger, ihre eigenen Ersparnisse zu verwalten. Aber man müsste das Werkzeug zur Ausübung dieses Rechts schaffen: einen oder mehrere Anlagefonds, die fähig sind, die zerstreuten Fonds zu konzentrieren (um daraus Macht zu erhalten). Die Einführung der Zweiten Säule wird entweder zur Verstärkung der traditionellen kapitalistischen Institutionen führen oder dann zur Kollektivierung eines Teils der schweizerischen Wirtschaft und das mit einem Lächeln."[9] Die Folgen dieser Illusionen kennen wir: Initiativen zum Ausbau der AHV („Volkspension") wurden mit grossen Mehrheiten abgelehnt, auch wenn schon damals sich Probleme mit dem Kapitalüberschuss und entsprechende Krisen abzeichneten.[10]

In der Realität führten die bei den Pensionskassen geäufneten Rentnerkapitalien, als Folge einer renditenorientierten Modernisierung von Bausubstanz, regelmässig dazu, dass nonkonforme oder alternative Gruppen ihrer Wohnmöglichkeiten beraubt wurden. Das war bereits bei dem berühmten Kampf um das „Tor von Aussersihl" in Zürich der Fall, bei dem sich die Pensionskassen hinter einem Generalunternehmer (Steiner) versteckten. Auch alternative Pensionskassen wie die Stiftung „Abendrot" sind jedoch gezwungen, in Liegenschaften zu investieren und mit diesen eine angemessene Rendite zu erzielen. Sie können dadurch in Konflikte mit Mietern geraten, die bezüglich ihrer Ansprüche (zum Beispiel an alternative Wohnformen) ihren Versicherten nahestehen!

Ende der 1980er und anfangs der 90er Jahre zeichnete sich für die Pensionskassen erstmals als Folge der Dynamik der Finanzmärkte eine „Lösung" ab, wie die geäufneten Kapitalien investiert werden konnten, ohne dass die Kassen die Widersprüche zwischen einer möglichst hohen Rendite und menschen- und umweltgerechten Anlagen selbst austragen müssen: Die Finanzmärkte stellten Anlagekonstrukte und Vorgehensweisen bereit, welche den Pensionskassen erlaubten, sich von der Realität ihrer Anlagen weitgehend zu distanzieren. Die Finanzintermediäre (das sind „Zwischenhändler", d.h. Banken, Anlageberater, Versicherungen, Hedge

Funds etc.) etablierten sich. Anlagestrategien wurden mit wissenschaftlichen Theorien und Modellen unterlegt (vgl. Begriffe wie „Portfolio-Management"). Der direkte Bezug zu den Anlagen ging weitgehend verloren: Wo und wie das Geld angelegt wurde, welche konkreten Auswirkungen bestimmte Anlagenformen hatten, wurde dank den Finanzintermediären immer weniger vermittelt und nachvollziehbar. In der Schweiz hat es unterdessen rund 60'000 solcher Intermediäre, die in Berufsverbänden organisiert sind und ihre Interessen auch bei den Anlagevorschriften bei den Pensionskassen durchzusetzen vermögen.

Die entpolitisierende Rolle der Finanzmärkte

Die wissenschaftliche Sicht begann sich an den Hochschulen und Universitäten zu etablieren: Lehrstühle für Finanzmarkttheorie entstanden. Ihr Ziel war die wissenschaftliche Analyse und gleichzeitig die Bereitstellung eines wissenschaftlichen Instrumentariums zur Verbesserung des Funktionierens der Finanzmärkte für institutionelle Investoren, das heisst für Pensionskassen. In einer für die damaligen schweizerischen Verhältnisse bahnbrechenden Schrift „Finanzmarkt Schweiz – Strukturen im Wandel" schreiben die Autoren: „Die Diskussion zeigt, dass die Entstehung neuer Instrumente und die Diskussion über veränderte regulatorische und organisatorische Rahmenbedingungen des Wertpapierhandels nicht primär auf einen ungezügelten Spieltrieb der Individuen oder auf eine wachsende Verselbständigung der Finanzmärkte von der realen Entwicklung zurückzuführen sind. (...) diese Veränderungen (sind) in erster Linie eine Reaktion auf veränderte ökonomische Rahmenbedingungen, ein rationaleres Finanzmarktverhalten von Anlegern und Emittenten, ein erhöhtes Bedürfnis nach Flexibilität, eine selektivere Risikopolitik sowie eine erhöhte Transparenz und Gestaltungsfreiheit bei Wertpapiertransaktionen." [11]

Es war der Auftakt zu einem „kreativen" (M. Ebner) sowie wissenschaftlichen Umgang mit den Finanzmarktinstrumenten. Anstatt von Spekulationen war nun vermehrt von wissenschaftlich fundierten Anlageplänen die Rede, was es den Pensionskassen in grossem Umfang ermöglichte, Kapital in den früher vielgeschmähten spekulativen Finanzmärkten zu investieren. Bezeichnenderweise waren es gerade Kassen wie etwa die unter sozialdemokratischer Ägide stehende Pensionskasse der Stadt Zürich, welche einerseits sich früh auf verwissenschaftlichte Anlagestrategien abstützten, anderseits sich entgegen ihren deklarierten Prinzipien nicht scheuten, als Trittbrettfahrer auch bei fragwürdigen Finanztransaktionen mitzumachen, die eine hohe Rendite erwirtschafteten. Häufig gehören die Pensionskassen ohnehin zu den aggressivsten Shareholdern.[12]

In ihrem Grundsatz basieren diese wissenschaftlichen Anlagemodelle auf der Annahme, dass sich die Renditeentwicklung von Anlagen in Abhängigkeit vom Risiko entsprechend mathematischen Vorstellungen verhält.

Es geht um Konstruktionen, die jeglichen Zusammenhang zwischen den Investitionen in Sachgüter oder Produktionsanlagen und dem beispielsweise von einer Pensionskasse an den Finanzmärkten angelegten Kapital ausblenden. Damit erhält das von den Pensionskassen angelegte Kapital einen virtuellen Charakter. In dieser virtuellen Welt sind die Interessengegensätze zwischen Kapital und Arbeit aufgehoben und auf mathematische Formeln reduziert. Womit auch das Friedensabkommen auf dieser Ebene bestätigt wird. Für die Aufrechterhaltung dieser Fiktion zahlen die Pensionskassen den Intermediären jährlich knapp 5 Milliarden Franken. Entsprechend ihren Modellen hat kürzlich der Ausschuss für Anlagefragen bei Pensionskassen beim Bundesrat gefordert, die Anlagevorschriften für Pensionskassen seien dahingehend zu ändern, dass der Anteil in Liegenschaften von 55 auf 30 Prozent, jene in Hypothekardarlehen von 75 auf 50 Prozent gesenkt werden müsse. Dafür wurde neu der Höchstsatz für alternative Anlagen (Hedge-Funds etc.) bei 15 Prozent festgelegt. Damit wird der Druck auf die Pensionskassen, Anlagen im virtuellen und spekulativeren Bereich vorzunehmen, verstärkt.

Dieses Vorgehen ist im Rahmen einer traditionellen wissenschaftlichen Betrachtungsweise und unter „normalen Verhältnissen" begründbar, da so Klumpenrisiken vermieden werden. Die Verordnung ist am 1. Januar 2009 in Kraft getreten.[13] Dadurch wird es jedoch den kleineren, oft weltanschaulich ausgerichteten Kassen (beispielsweise jenen der Anthroposophen) mit ihren auf Hypotheken und Liegenschaften beschränkten Anlagen zunehmend schwieriger gemacht, eine eigenständige Anlagestrategie zu verfolgen. Sie werden an die Finanzmärkte gedrängt. Dieses Vorgehen wurde auch von der BVG-Kommission gutgeheissen.[14]

Dass aber das von den Finanzmärkten und ihren Akteuren den Pensionskassen aufgezwungene System bloss im Normalfall halbwegs zuverlässig funktioniert, zeigt sich in den jüngsten Umfragen über den Deckungsgrad der Pensionskassen. Dieser ist deutlich gesunken, und mit der Zuspitzung der Finanzkrise dürfte die Situation für die Pensionskassen noch verheerender werden.[15] Das bereits bestehende Misstrauen, das sich darin äussert, dass ein wachsender Anteil zu Beginn der Pensionierung eine Kapitalabfindung bezieht, dürfte sich weiter verstärken.

Gleichzeitig werden die Anlagemöglichkeiten schwieriger: Als Folge der Finanzkrise dürften zunehmend auch bisher stabile Anlagemöglichkeiten bei und in anderen Staaten, aber auch bei Gemeinden und Kantonen unsicherer werden, da deren Zahlungsfähigkeit abnehmen wird. Die Kassen sind gezwungen, in Konkurrenz zu privaten Investoren in einem engeren Feld nach sicheren Anlagemöglichkeiten zu suchen. Als Ausweg bietet sich hier in einem beschränkten Masse die Übernahme der Investorenrolle in Public-Private-Partnerships an. So etwa bei der Finanzierung von Gebäuden und anderen Einrichtungen der öffentliche Hand, welche diese wegen Budgetrestriktionen nicht selbst erbauen, sondern bloss

mieten kann. Eine weitere Möglichkeit bieten – falls die Schweiz ähnliche Rahmenbedingungen schafft wie verschiedene Nachbarländer – umfassende Investitionen in Wärme-Kraft-Kopplung oder auch in die Verkabelung von Hochspannungsleitungen im Boden. Allerdings werden die Kassen bis heute durch entsprechende Vorschriften daran gehindert, Direktinvestitionen vorzunehmen.

Ökonomisch ist der Umbau der zweiten Säule in die AHV sinnvoll und machbar

Mittel- und langfristig aber drängt sich die Überführung der zweiten Säule in die AHV auf. Denn mehr als die produzierten Güter kann ohnehin nicht verteilt werden, ob nun als Verteilungsmittel ein Umlage- oder ein Kapitaldeckungsverfahren gewählt wird. Das zeigt folgende Überlegung: „Stellen wir uns in einem extremen Beispiel vor, alle Mitglieder einer Generation hätten zwar eine perfekte kapitalgedeckte Alterssicherung, aber keine Kinder. Nach einigen Jahrzehnten wird einerseits erkennbar, dass nun kein Sozialprodukt mehr erstellt wird, sobald die Senioren nicht mehr arbeitsfähig sind. Wichtiger aber ist, dass sich auch der Kapitalstock automatisch entwertet, wenn es niemanden mehr gibt, der die Grundstücke oder Wohnungen nutzen möchte, die zu unter Umständen hohen realen Preisen erstellt worden waren. Das große Produktivvermögen für eine zu kleine nächste Generation wird entweder gar nicht oder nur zu real sinkenden Preisen von der nächsten Generation übernommen werden können. Auch bei perfekter Kapitaldeckung ist der Anteil, zu dem die dem Umfang nach kleine nächste Generation bereit ist, auf eigenen Konsum zu verzichten, die Grenze für die Alterssicherung der vorangegangenen Generation."[16] Mit anderen Worten: Das Kapitaldeckungsverfahren gewährt keine Garantie für sichere Rentenleistungen, entscheidend ist, was produziert wird, und nicht, was als Kapital auf die hohe Kante gelegt wird.

Technisch effizienter wäre daher ein Umlageverfahren. Machbar wäre ein entsprechender Umbau schon heute, wie eine Mittelflussrechnung zeigt: Würden beispielsweise die AHV-Renten verdoppelt, würde sich der zusätzliche jährliche Bedarf zu der heute schon ausbezahlten AHV auf rund 30 Milliarden belaufen. Jährlich werden jedoch für die 2. Säule rund 38 Milliarden zurückgelegt, denen Ausgaben in der Höhe von insgesamt rund 26 Milliarden gegenüberstehen (Altersrenten rund 15.5 Milliarden, Invaliden-, Ehegatten- und Kinderrenten rund 5.5 Milliarden und rund 5 Milliarden an Kapitalleistungen an Pensionierte). Der Überschuss an Einzahlungen dürfte genügen, um „Überrenten", d.h. Renten, die höher sind als das doppelte der AHV-Renten, zu finanzieren. Der langfristige Umbau wäre vermutlich sogar möglich, ohne dass der bisher geäufnete Kapitalstock in der Höhe von rund 550 Milliarden wesentlich abgebaut werden müsste.[17]

Aber letztlich sind nicht die technischen und wirtschaftlichen Rahmen-

bedingungen das Problem. Dieses liegt vielmehr darin, dass vielen und nicht zuletzt den Linken der Abschied von der Fiktion einer „widerspruchsfreien" Gesellschaft schwerfällt, die es ihnen einfach erlaubte, der fragwürdigen und kostspieligen Äufnung von Kapitalien zu vertrauen. Mit diesem Vertrauen ist es nun vorbei. Denn jetzt werden die Folgen der sich verstärkenden Finanzmarktkrise und damit die Mängel des Kapitaldeckungsverfahrens für alle spürbar. So besteht durchaus die Möglichkeit, dass es bald zu einer breiten politischen Diskussion und zur Koalition für einen Umbau des Pensionskassen-Systems kommen wird, wie sie sich bereits früher abzeichnete, als es um den Vorschlag einer „Volkspension" ging.[18]

Anmerkungen

1 Vgl. dazu: Pensionskassen-Kapital als Demokratisierungs-Instrument? Visionärer Teil des SPS-Wirtschaftsprogrammes, Oktober 2006, Ergebnisse der Umfrage.

2 Vgl. dazu Beat Ringger: Demokratie statt Spekulation. Eine linke Antwort auf die Finanzkrise. Oktober 2008: „Die Begriffswelt der Finanzmärkte wirkt auf viele Leute abschreckend und vermittelt den Eindruck, die Abläufe seien nur für ExpertInnen verständlich. Es ist jedoch nicht nötig, die Sprache des Finanzkapitals zu sprechen, um die Grundzüge der gegenwärtigen Krise zu verstehen." (S. 4) Die mangelnde Kenntnis technischer Möglichkeiten führt denn auch zu Forderungen wie etwa Kapitalverkehrskontrollen, die praktisch kaum durchsetzbar sind. Bereits lange bevor das Weltwährungssystem von Bretton Woods mit den stabilen Wechselkursverhältnissen im Jahre 1973 zusammenbrach, wurden Derivate zur Aushebelung von Kapitalverkehrskontrollen eingesetzt. So zum Beispiel in den 60iger Jahren in Grossbritannien, wo sie entscheidend zum Scheitern einer linken Labour-Regierung beitrugen. Der Zusammenbruch von Bretton Woods war das Ergebnis des Einsatzes von Derivaten. Gleichzeitig haben Derivate eine 4000-jährige Geschichte, sind also ein Kulturgut. Vgl. dazu: Hafner Wolfgang: Im Schatten der Derivate, Frankfurt/Main 2002, S. 78.

3 Vgl. dazu beispielsweise den Bericht des SGB "Endlich existenzsichernde Renten: Erste Säule stärken – 3000 Franken Rente für alle", Dossier 34, Februar 2006, in dem nicht auf die widersprüchlichen konkreten Rahmenbedingungen bei der Etablierung der Pensionskassen wie auch der AHV eingegangen wurde, S. 16f. Der Bericht weist auch strukturelle Mängel: Z.B. wird der Gesamtlastquotient (d.h. das Verhältnis der Erwerbstätigen zu den Nichterwerbstätigen) nicht berücksichtigt.

4 Inwiefern sich diese Aussage verallgemeinern lässt, müsste weiter untersucht werden. Doch dürfte das folgende Beispiel, dargestellt an dem damals führenden Metallsektor, idealtypischen Charakter aufweisen.

5 Kienzle, A.: Es gibt nur ein Gerlafingen! Herrschaft, Kultur und soziale Integration in einer Standortgemeinde des Stahlkonzerns Von Roll, Zürich 1997, S. 186.

6 Mojonnier, Arthur: Die Pensionskasse der Bundesbahnen und ihre Sanierungsproblematik, SMH, Jahrgang XVII/Heft 11, 1938.

7 Hafner, G: Walther Stampfli, Bundesrat im Krieg, Vater der AHV, Olten 1986, S. 117ff.

8 Zur Bedeutung der Fürsorge und des Austausches zwischen geleisteter Arbeit und Lohn, vgl. etwa: Mauss, Marcel: Die Gabe – Form und Funktion des Austausches in archaischen Gesellschaften, Frankfurt a. Main 1990, S. 160.

9 Nr. 108, zitiert aus: von Steiger, Jost, Zweite Säule: Sozialwerk oder Geschäft? Vollausbau der AHV/IV als Alternative zur „Drei-Säulen-Konzeption", Zürich 1977, Limmatverlag, S. 46.

10 Vgl. Engler, Hermann: Deckungskapital- oder Umlageverfahren, Basel 1971, S. 65.
11 Zimmermann, Heinz et al.: Finanzmarkt Schweiz: Strukturen im Wandel, ZKB-Reihe Wirtschaft und Gesellschaft, Heft Nr. 4, „Schlusswort", ohne Seitenangabe.
12 Vgl. dazu: Pensionskassen-Kapital als Demokratisierungs-Instrument? Visionärer Teil des SPS-Wirtschaftsprogrammes, Oktober 2006.
13 Vgl. dazu den Artikel von Rudolf Strahm im Tages-Anzeiger vom 18.11.2008. Der Ausschuss für Anlagefragen wird von einem Vertreter der Finanzintermediäre, Dominique Ammann, präsidiert. Dominique Ammann ist Geschäftsführer der Anlageberatungsfirma PPCmetrics, die Pensionskassen berät. Ammann leitet zusammen mit dem Unia-Sekretär Heinrich Nydegger Kurse in der gewerkschaftlichen Bildungseinrichtung Movendo.
14 Gemäss NZZ vom 4. Dez. 2008 (S. 15) sollen auch die ArbeitnehmerInnenvertreter nicht gegen den Beschluss opponiert haben. Diese widersprechen dem jedoch; sie waren in der Minderheit.
15 Implizit geht die BVG-Kommission (Berufliches Vorsorge Gesetz) bei der Festlegung der Anlagevorschriften davon aus, dass es sich zur Zeit um eine nur kurze Krise handelt und das Finanzsystem bald wieder in den Normalzustand übergeht.
16 Hafner Wolfgang: Im Strudel der Finanzmärkte – Pensionskassen in der Schweiz, Zürich 2004, Rotpunktverlag, S. 68ff. „Das Eichhörnchenprinzip, eine trügerische Hoffnung".
17 Eigene Berechnungen anhand der vorhandenen Statistiken: Statistiken zur Sozialen Sicherheit, AHV-Statistik 2008, Bundesamt für Sozialversicherungen, Die Bevölkerung der Schweiz 2007, Bundesamt für Statistik, Neuchâtel 2008, Vorsorgeeinrichtungen in der Schweiz, Schweizerische Pensionskassenstatistik, Bundesamt für Statistik, 2007.
18 Der bürgerliche Ökonomie-Professor Henner Kleinewefers schrieb bereits 1984 zum Vorschlag einer Volkspension: „Die Tragik lag darin, dass damals der vernünftigste Vorschlag von den Kommunisten kam und, weil nicht sein kann, was nicht sein darf, keine Chance hatte." Weltwoche, 5.4.1984.

Wo Menschen Wissenschaft nützlich machen wollen.
Wo Wissenschaft sich auf sich selber anwendet.
Wo sie Verschwiegenes benennt, Handlungsmöglichkeiten diskutiert.
Wo sie nützlich wird, kritisiert, eingreift –
– da ist FORUM WISSENSCHAFT. Das kritische Wissenschaftsmagazin.

Aktuelle Ausgabe (4/2008): **»Körper: Ihre Leistung, ihre Reproduktion. Biopolitik in Neurowissenschaften und Vorgeburtlichem«**. Außerdem: Die HIS-Studie über Studiengebühren-Folgen. Wie könnte europäische Klimapolitik werden – was fehlt ihr? Elterngeld-Effekte. Schulbücher: Beteiligung der Dritten Welt am 2. Weltkrieg. Neuer Blick auf die Welternährung, u.a.

Jedes Vierteljahr. Immer politisch. Immer mit einem aktuellen Themenschwerpunkt.
Immer kompetent. Immer mit anspruchsvoller Illustration.

FORUM Wissenschaft

FORUM WISSENSCHAFT. Bewegt.
Vierteljährlich · Einzelheft 7,- € · Jahresabo 26,- € · www.bdwi.de/forum · forum@bdwi.de
Hg. vom Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) · www.bdwi.de